

chem Umfange auch bei der CDU (Bad Homburg -7,8%, Hanau -6,8%, Marburg + 2,9%, Kassel + 7,4%). Offensichtlich gab oft weniger die Unzufriedenheit über die Bonner Steuer- und Abgabepolitik, über Solidaritätszuschlag und Autobahnvignette oder gar über Kieler Verhältnisse den Ausschlag als vielmehr der Ärger über örtliche Verkehrs- und Stadterneuerungspolitik und über sich unbeliebt machende Stadtverwaltungen.

Es scheint auch im *örtlichen Verhältnis zwischen Bürger und Politik*, an der Wurzel der „Polis“, einiges nicht in Ordnung zu sein. Einschlägige Symptome sind bereits hinlänglich bekannt: unruhig anspruchsvolle Bürger und Interessengruppen, entnervte Bürgermeister. Joachim Becker, der Pforzheimer Oberbürgermeister, hat sich vor einiger Zeit aus seiner Sicht sehr drastisch dazu geäußert. Wer also Politikverdrossenheit ganz realistisch zu Leibe rücken will, wird nicht alles gleich allein über den nationalen Leisten schlagen, sondern bei den örtlichen Spannungsverhältnissen ansetzen.

Und noch etwas fällt auf: Angesichts der Abwendung von den großen Volksparteien würde man erwarten, daß bei kommunalen Wahlen örtliche Wählergemeinschaften Zulauf finden oder neu aus dem Boden schießen. Die Wählergemeinschaften haben bei der Hessenwahl zwar leicht zugenommen (2,3%), aber groß profitieren vom großen Unbehagen an den Parteien konnten sie nicht. Wo bleibt das Bürgerengagement in der „Bürgergesellschaft“? se

Fragezeichen

Der Papst setzt auf einen gesamtkirchlichen „Priesterausgleich“

Eine gerechtere Verteilung der Priester innerhalb der Weltkirche, wie er sie kürzlich forderte, ist für Johannes Paul II. seit langem ein wichtiges Anliegen. In seiner Schlußansprache bei der

letzten ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode hatte sich der Papst für dieses Anliegen stark gemacht (vgl. HK, Dezember 1990, 579). Seine jüngsten Äußerungen zu diesem Thema tat er auf der ersten Vollversammlung einer im Anschluß an die genannte Bischofssynode gegründeten „Kommission für eine gleichmäßigere Verteilung der Priester in der Welt“ unter der Leitung von Kardinal *Pio Laghi*. Aufgabe der Kommission sei es, so Johannes Paul II., eine „weltweite Strategie zur Intensivierung und Koordination des ‚Austausches von Talenten‘ zwischen Teilkirchen“ zu entwickeln (vgl. *Osservatore Romano*, 27.2.93).

Die Vorstellung, man könne in Zeiten einer sehr ungleichen Verteilung von Priestern innerhalb der Weltkirche einen organisierten Austausch von Priestern in Gang setzen, ist zunächst einmal sehr naheliegend. Daß Gemeinden und Ortskirchen sich gegenseitig unterstützen und beistehen, ist eine Praxis, die sich bis in frühchristliche Zeiten zurückverfolgen läßt. Inwieweit man es in den Ländern des Nordens und Westens etwa im Vergleich mit Teilen der sogenannten Dritten Welt wirklich mit einem Priestermangel, der diesen Namen verdient, zu tun hat, sei dahingestellt: Tatsache ist, daß in weiten Teilen der südlichen wie auch nördlichen Welthälfte Ortskirchen eine Entwicklung durchmachen, die sie trotz aller Unterschiedlichkeit der Lage im einzelnen als „Priestermangel“ beschreiben. Und da ist es nicht einzusehen, warum sich zwischenkirchliche Hilfe auf materielle Unterstützung beschränken soll.

Aber auch in dem Maße, wie die katholische Kirche sich zunehmend bewußt wird, eine sich in den unterschiedlichsten kulturellen Räumen inkulturierende Gemeinschaft zu sein, ist es nur folgerichtig, die Vorstellung aufzugeben, wie auf einer Einbahnstraße müßten auf ewige Zeiten Priester und Ordensleute aus Europa und Nordamerika in die südlichen Missionsländer ziehen, um dort Funktionen wahrzunehmen, in denen sie dringend gebraucht werden.

Dafür spricht auch die Tatsache, daß es seit langem immer schwieriger geworden ist, zu sagen, welches Land in Sachen Mission *nimmt* und welches *gibt*.

Dennoch hat der angestrebte Ausgleich in Sachen Priesternachwuchs zwischen den Kirchen auch seine problematischen Seiten. Die katholische Kirche kennt – sieht man einmal von der besonderen Situation des Ordensklerus ab – keinen für die Weltkirche als solche geweihten Klerus, eine Tatsache, die etwa bei großen, international „besetzten“, vom Papst vorgenommenen Priesterweihen in Rom oder anderswo im Grunde verschleiert wird. Das hohe Maß an Eigenständigkeit, das die Orts- oder Teilkirche unter ihrem Vorsteher, dem Bischof, in der katholischen Kirche genießt, führt notwendigerweise zur engen Bindung eines Klerikers an „seinen“ Bischof. Was immer man an Austauschmaßnahmen und Personaltransfer beschließen wird – diese ekklesiologisch bedingte Festlegung ist nicht in Frage zu stellen oder zu unterhöhlen.

Praktische Probleme mit einem internationalen Austausch von Priestern ergeben sich aus einem anderen Grund. Die Einbindung der Orts- und Teilkirchen in ein bestimmtes kulturelles und gesellschaftliches Umfeld mit einer eigenen Prägung führt zu einer großen Vielfalt an Stilen, Mentalitäten, Akzentsetzungen innerhalb der Kirche, die nicht ohne weiteres austauschbar sind und sein sollen. Dies führt dazu, daß schon heute auch in Deutschland mit Priestern aus vergleichsweise priesterreichen Ländern keineswegs nur gute Erfahrungen gemacht werden. Zuweilen können hier deutlich unterschiedliche Einstellungen zwischen der örtlichen Gemeinde und dem ausländischen Gastpriester aufeinanderprallen und sich in dauerhaften Konflikten entladen. Es kommt dabei auf die Bereitschaft und die Fähigkeit des einzelnen Priesters an, sich auf die besonderen Bedingungen des Gastlandes einzulassen. Das klingt jedoch einfacher, als es in vielen Fällen ist.

Priester aus noch vergleichsweise „volkskirchlichen“ Verhältnissen beispielsweise bringen zuweilen die Er-

wartung an eine gesellschaftliche und kirchliche Stellung mit, die sich unter deutschen Verhältnissen nur selten realisieren läßt. Die Möglichkeiten zu Mißverständnissen und Reibungsflächen sind schier unbegrenzt: vom Verhältnis zwischen Laien und Klerus bis hin zu unterschiedlichen Kirchenbildern und der gesellschaftlichen Rolle der Kirche u.v.a. Auch eine gut gemeinte, vom Papst eingeforderte „Großzügigkeit“ kann diese Unterschiede nicht überspringen.

Selbst wenn die allgemeine kulturelle Entwicklung annehmen läßt, eine sich z.T. rasant vereinheitlichende Weltkultur würde den angestrebten internationalen Austausch von Priestern eher begünstigen, sind dem offenbar durchaus Grenzen gesetzt. Die legitime und notwendige Sorge um das Wohl der Gesamtkirche und die nicht weniger legitime Eigenprägung der Ortskirchen können insofern zu konkurrierenden Werten werden, bei denen es im einzelnen abzuwägen gilt, welchem man den Vorrang einräumt. Modelle und Lösungen im großen Stil scheinen dabei eher ausgeschlossen. Internationale Hilfsaktionen, die Lösungsansätze, die die betroffenen Ortskirchen möglicherweise aus sich selbst heraus entwickeln könnten, obendrein torpedieren würden, wären erst recht problematisch. Gefordert sind also zuallererst die Ortskirchen selbst.

nt

„Renovabis“

Bischofskonferenz gibt der Hilfsaktion für Osteuropa eine vorläufige Struktur

Ob der Name besonders einprägsam, leicht verständlich und damit werbewirksam ist, das sei dahingestellt. Jedenfalls setzten die deutschen Bischöfe eine Tradition fort, indem sie im Januar der neu geschaffenen Hilfsaktion für die Länder Mittel- und Südosteuropas den Namen „Renovabis“ gaben, ent-

lehnt aus Psalm 104: „Du erneuerst das Antlitz der Erde.“ Die Namensverwandtschaft mit den bestehenden kirchlichen Hilfswerken *Missio*, *Misereor* und *Adveniat* bedeutet jedoch nicht, daß mit „Renovabis“ ein weiteres Hilfswerk etabliert wurde.

Die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (vgl. ds. Heft 171, 175 und 214) widmete sich jetzt der näheren Ausgestaltung und der Suche nach einem Verfahrensmodus für die „Aktion der partnerschaftlichen Solidarität der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“. Fest steht dabei zunächst ein *Datum*: Am 2. Mai wird in allen Gottesdiensten eine Kollekte durchgeführt, deren Mittel im Rahmen der neuen Aktion verwendet werden sollen (vgl. HK, Januar 1993, 54).

Die Idee zu einer solchen Aktion ist nunmehr *fast drei Jahre alt*. Die Initiative kam dabei aus dem *Zentralkomitee der deutschen Katholiken*. Als das ZdK zu Beginn des Karlsruher Katholikentages im Juni letzten Jahres diese Idee einer breiteren Öffentlichkeit vorstellte, weckte es damit nicht nur uneingeschränkte Begeisterung. Die bestehenden Hilfswerke und der Caritasverband wandten sich zunächst gegen eine neue „Initiative“, da man trotz der den Deutschen immer wieder attestierten Spendenfreudigkeit eine Überforderung befürchtete, die auch zu Lasten des kirchlichen Dritte-Welt-Engagements gehen würde (vgl. HK, August 1992, 351f.). Zudem wurde mit Hinweis auf die bereits bestehenden Hilfsaktionen und Werke für Osteuropa vor der *Etablierung von Parallelstrukturen* gewarnt, die einander behindern oder gegenseitig Konkurrenz machen könnten.

Die Bedenken, das Spendenaufkommen könne in einer Phase allgemeiner Rezession und angesichts sinkender Kirchenmitgliedschaft doch geschwächt und die Neuverteilung der Mittel infolgedessen zuungunsten der Dritten-Welt-Arbeit erfolgen, werden sich im letzten kaum ausräumen lassen. Hier ist schlicht die Kollekte vom 2. Mai abzuwarten.

Befürchtungen vor schädlicher Konkurrenz oder unnötigen Parallelunternehmungen zu bereits Bewährtem scheinen mit der nun geschaffenen Struktur, die überdies, wie durchweg betont wird, unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit steht, aus der Welt zu sein. Der Beschluß der deutschen Bischöfe ist deutlich von dem Willen geprägt, alle vorhandenen Kompetenzen und Kräfte effektiv zu bündeln und zur Kooperation zu führen. In der möglichst noch vor der Mai-Kollekte einzurichtenden Geschäftsstelle – deren Ort ist noch nicht festgelegt – werden Mitarbeiter der Hilfswerke fürs erste Amtshilfe leisten.

Als wohlwollendes und integrierendes Zeichen auch in Richtung der Hilfswerke wurde dabei schon die von allen Seiten gelobte Entscheidung der Bischofskonferenz gewertet, den Vorsitz des zu errichtenden Geschäftsführenden Ausschusses der Aktion dem Trierer Weihbischof *Leo Schwarz* zu übertragen. Dieser war als Vorgänger von *Norbert Herkenrath* Hauptgeschäftsführer von *Misereor*.

Dem *Geschäftsführenden Ausschuss*, der eine möglichst plurale Zusammensetzung erhalten soll und in dem auch – als Initiator des ganzen – das ZdK vertreten sein wird, ist die konzeptionelle und praktische Durchführung der Aktion übertragen. Die geistliche und pastorale Leitung und zugleich die Zuständigkeit für die Vergabe der Kollektenmittel übernimmt eine bereits im Herbst 1990 unter dem Vorsitz des Kölner Erzbischofs, Kardinal *Joachim Meisner*, eingerichtete Unterkommision der Kommission für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz.

Solange keine endgültige rechtliche Struktur für „Renovabis“ geschaffen ist, wird mit einem am 16. März gegründeten eingetragenen Verein der Aktion eine Rechtsform gegeben, die auch den Zugang zu öffentlichen Mitteln sichern soll.

Wie die konkrete Koordination und Kooperation mit den bereits bestehenden Einrichtungen verlaufen soll, ist bisher nicht entschieden.